

Mit Mindestlöhnen gegen drohendes Lohndumping

Auch in dieser Woche bestimmte die Diskussion über das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung das politische Klima in Berlin. Die Bundesregierung plant, zusätzlich zum ersten mageren Konjunkturpaket bis zu 50 Mrd. Euro zusätzlich auszugeben. Öffentliche Investitionen sollen endlich z. B. marode Schulen und Straßen wieder auf Vordermann bringen, Deutschland soll aus der Krise gestärkt hervorgehen, so der Tenor der Bundeskanzlerin zum Jahreswechsel. Beide Parteien wollen gemeinsam Arbeitsplätze retten.

Die Arbeitsmarktzahlen belegen, dass die Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt bereits im Dezember erfasst hat. Der Anstieg der Arbeitslosenzahl um 114.000 im Dezember im Vergleich zum Vormonat war deutlich stärker als im

Durchschnitt der letzten drei Jahre (plus 38.000).

Angesichts der Tiefe der gegenwärtigen Rezession mit einem prognostizierten Wachstumseinbruch zwischen zwei und vier Prozent ist davon auszugehen, dass wir erst am Anfang einer Entwicklung stehen, an deren Ende ein massiver Anstieg der Arbeitslosenzahl in derzeit unabschätzbarer Höhe droht. In der Rezessionsphase wächst die Gefahr des zusätzlichen Lohndumpings und der Ausweitung von Niedriglöhnen. Unternehmen könnten versuchen, die Kosten der Rezession auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Darum brauchen Arbeitnehmer eine Haltelinie bei Mindestlöhnen. Die Gewerkschaften haben sie klar definiert: mindestens 7,50 Euro pro Stunde. Nicht weniger!



Die Konjunkturpakete der Bundesregierung wollen aber von Mindestlöhnen nichts wissen. Dabei ist es wichtig, dass die Konjunkturmaßnahmen auch den kleinen und mittleren Einkommen zugute kommen. Durch Steuersenkungen würden Besserverdienende überproportional begünstigt und der Staat verliert Geld, das er gerade jetzt dringend braucht. Hingegen würden durch die Einführung von Mindestlöhnen gerade die einkommensschwächeren Schichten mehr Kaufkraft erhalten und diese zu 100 % ausgeben. Das ist gut für Arbeitnehmer und gut für die Konjunktur. Durch Mindestlöhne hätten mehr Menschen ein vernünftiges Arbeitseinkommen, und öffentliche Haushalte würden durch den Wegfall von ergänzenden Transferleistungen entlastet. Die Einführung von Mindestlöhnen ist gerade jetzt in der Krise wichtiger denn je! Mindestlöhne dürfen im Konjunkturpaket nicht fehlen.

Weitere Infos unter: www.mindestlohn.de